

BSW-Info

für die Bürgerinnen und Bürger
der Uckermark

BSW Kreisverband Uckermark

Ausgabe Nr. 2

Dezember 2025

Der BSW-Uckermark Wunsch-Weihnachtsbaum

Im Dezember werden wir mit unserer BSW-Wunschweihnachtsbaum-Infostand-Tour durch die Uckermark unterwegs sein. An mehreren Tagen werden wir in Prenzlau, Templin, Lychen, Angermünde und Schwedt Halt machen, um gemeinsam mit den Menschen der Region in die Adventszeit zu starten. Herzstück wird unser Wunschweihnachtsbaum sein: Besucherinnen und Besucher können kleine Wünsche, Ideen und Gedanken auf Sterne schreiben und an den Baum hängen, welcher uns an allen Infoständen im Dezember begleitet. Diese Rückmeldungen werden wir sammeln und in unsere politische Arbeit im kommenden Jahr einfließen lassen. Dazu werden wir Glühwein und kleine Naschereien anbieten. Eine Gelegenheit, in ruhiger Atmosphäre ins Gespräch zu kommen, Anliegen aufzunehmen und unsere Arbeit als BSW vor Ort vorzustellen.

Mit dieser Tour wollen wir zeigen: Der BSW ist präsent, ansprechbar und nah bei den Menschen Nicht nur im Wahlkampf, sondern das ganze Jahr über. Wir freuen uns auf viele Begegnungen und einen Wunschbaum voller Stimmen aus der Uckermark



BSW-Uckermark gegründet – Gemeinsam für soziale Politik vor Ort

Am 5. Oktober 2025 war es soweit: In Prenzlau fand die Gründungsversammlung des neuen Kreisverbands BSW Uckermark statt. Damit hat unsere Region nun endlich auch offiziell eine starke Stimme des BSW – für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Vernunft in der Politik. In der Versammlung wurde der Kreisvorstand gewählt. Zum Vorsitzenden wurde Manuel Lipke gewählt. Stellvertretende Vorsitzende ist Elke Grabowski. Unterstützt werden sie durch die Beisitzer Karl Rehbein, Mathias Nelle und Stefan Hennig. Als Gast begleitete Stefan Roth vom Landesvorstand die Veranstaltung und sprach ein Grußwort zur Bedeutung des Aufbaus starker Kreisverbände in Brandenburg. Der neue Vorstand dankt allen, die an der Vorbereitung und Durchführung der Gründung mitgewirkt haben. Insbesondere den vielen Unterstützerinnen und Unterstützern, die sich bereits vor Ort engagieren und den Aufbau in der Uckermark mit Leben füllen. „Wir wollen das BSW in der gesamten Uckermark sichtbar machen, in Prenzlau, Templin, Angermünde, Schwedt und den vielen kleineren Orten dazwischen“, so der Vorsitzende in seiner Ansprache. „Es geht darum, zuzuhören, im Gespräch zu bleiben und konkrete Lösungen für die Menschen hier vor Ort zu entwickeln.“ In den kommenden Monaten sind Informationsstände und Gesprächsaktionen in verschiedenen Gemeinden geplant, gern auch mit einem heißen Glühwein in der kalten Jahreszeit. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, vorbeizuschauen und mitzumachen. Aktuelle Termine, Einladungen und Eindrücke aus der Arbeit des Kreisverbands findet Ihr auf unserer Website www.bsw-uckermark.de sowie auf Instagram und Facebook unter [@bsw.uckermark](https://www.instagram.com/bsw.uckermark). Darüber hinaus ist ein gemeinsamer Besuchstag im Landtag in Potsdam in Planung, bei dem Mitglieder und Unterstützer die BSW-Fraktion direkt erleben können. Der neu gegründete Kreisverband versteht sich als offene Plattform für alle, die das BSW in der Uckermark unterstützen und mitgestalten wollen. Denn: nur gemeinsam schaffen wir es, Politik wieder näher an die Lebenswirklichkeit der Menschen zu bringen.



Will die Bundesregierung zur Totengräberin der ostdeutschen Industrie werden?

Von Friederike Benda, Landesvorsitzende

Die Sanktionen der USA gegen die PCK-Raffinerie Schwedt stellen eine existenzielle Bedrohung für Arbeitsplätze und Energieversorgung im Osten dar. Das BSW-Brandenburg drängt die Bundesregierung zum Handeln. Wenn die Bundesregierung Schwedt nicht sofort schützt, macht sie sich zur Totengräberin der ostdeutschen Industrie. Mit ihren Sanktionen und blinder US-Hörigkeit würde die Bundesregierung abertausende Familien im Osten verurteilen!

Die politische Verantwortung wird wie eine heiße Kartoffel herumgereicht – was wir aber brauchen, ist endlich jemand, der sich traut, den USA hierbei die rote Karte zu zeigen! Zumindest die PCK muss von den Sanktionen ausgenommen werden. Der Wirtschaftskrieg gegen Russland zerstört unsere Wirtschaft, und Trump versetzt ihr den Todesstoß. Die Wirtschaftsministerin Reiche und Kanzler Merz müssen endlich für deutsche Interessen eintreten und die Sanktionen gegen Russland beenden. Unsere arbeitende Bevölkerung darf nicht länger das Bauernopfer geopolitischer Machtspiele sein.

Wir werden nicht zulassen, dass internationale Machtspiele auf dem Rücken brandenburgischer Beschäftigten ausgeübt werden. Die Wirtschaftsministerin Reiche muss das Tafelsilber der Region schützen und endlich politische Führung zeigen, statt die Verantwortung abzuwälzen.

Wer die PCK sterben lässt, riskiert die Versorgungssicherheit für Millionen – und opfert zugleich tausende Arbeitsplätze. Wir fordern von der Bundesregierung einen klaren nationalen Schulterschluss, der sich bedingungslos für den Erhalt von Schwedt einsetzt. Wir erwarten, dass die Bundesregierung das Rückgrat hat, dem Ausverkauf des Ostens entschlossen entgegenzutreten – alles andere ist eine Bankrotterklärung deutscher Politik.

Windkraft: Lokale Entscheidungen statt pauschaler Flächenziele!

Die BSW-Frakturen aus Brandenburg, Sachsen und Thüringen setzen sich für Entscheidungen vor Ort und eine technologieoffene Energiepolitik ein. Statt zentraler Vorgaben fordern wir bedarfsorientierte Leistungsziele – für eine Energiewende, die demokratisch, vernünftig und akzeptiert ist. Jenny Meyer, energiepolitische Sprecherin der BSW-Fraktion Brandenburg: „Es darf keinen Windrad-Wildwuchs geben. Demokratische Energiewende bedeutet, den Windkraftausbau über Regionalpläne zu steuern – und nicht über zentralistische Beschleunigungsgesetze aus Berlin, die von der Windlobby knallhart ausgenutzt werden.“ Die BSW-Fraktion setzt sich für den Wind-Euro ein. Wir bringen im Landtag einen Gesetzentwurf für ein Brandenburgisches Erneuerbare-Energien-Sonderabgaben-Gesetz ein. Denn wer täglich mit den Windparks vor der eigenen Haustür lebt, hat einen Anspruch auf Mitsprache und Teilhabe. Andere Bundesländer haben längst Modelle dafür geschaffen. Wir ändern die Bemessung bei Windkraftanlagen von einer Pauschale auf eine leistungsbezogene Abgabe. Konkret: 5000 Euro pro Megawatt installierter Leistung. Das heißt, je größer die Anlage, desto höher die Abgabe. Damit stärken wir die Kommunen und holen mehr Wertschöpfung zurück in die Regionen.

Seuche aus den Käfigen

Weitere Ausbreitung des H5N1-Virus Nicht nur Naturschützer sehen die Ursache in der Massentierhaltung

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) kommentiert beim Anblick von tot vom Himmel fallenden Kranichen und Kadaverbergen in Massentierhaltungsbetrieben: „Für den Moment lenkt diese Tragödie die Aufmerksamkeit darauf, dass es hierzulande nicht nur Putensteaks, Hähnchenkeulen und Putenbrust gibt, sondern tatsächlich auch Puten, Hühner und Enten.“ Vielleicht bringen die Bilder manch einen zum Nachdenken darüber, was er so isst. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Geflügel liegt in Deutschland inzwischen bei 13,6 kg, zusätzlich verzehrt der Durchschnittsdeutsche 249 Eier im Jahr.

Für die Fleischindustrie ist der Fall klar: Das Virus wurde von Wildvögeln eingeschleppt. Der brandenburgische Landesverband des Naturschutzbundes Deutschland (Nabu) sieht das völlig anders: „Bis die ersten Kraniche starben, wurde das Virus bereits in fünf Bundesländern in 15 Geflügelhaltungen amtlich festgestellt, auch in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg“. Mögliche Wege der Ausbreitung könnten die Entlüftungen der Tierfabriken und das Ausbringen von Geflügeldung auf Maisfeldern sein. „Hingegen fliegt kein Kranich in eine geschlossene Stallung und verbreitet dort das Virus.“

Auch das Friedrich-Löffler-Institut (FLI) schließt eine Übertragung aus Geflügelhaltungen auf Wildvögel nicht aus. Geflügel wird meist auf engstem Raum, ohne Frischluft und Tageslicht auf Schlachtreife oder maximale Eierzahl getrimmt. Unhygienische Zustände und massenhafter Einsatz von Antibiotika bilden eine ideale Grundlage für Krankheiten, Infektionen und Mutationen.

Corinna Cwielag vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Mecklenburg-Vorpommern: „Wir haben bei uns im Land Megaställe mit 400.000 und mehr Tierplätzen je Durchgang, die Millionen Masthähnchen pro Jahr produzieren.“ „Die Haltungsbedingungen widersprechen den Grundsätzen des Tierschutzes. Es ist viel zu wenig Platz, um ein halbwegs artgerechtes und gesundes Leben zu ermöglichen.“ (Gespräch junge Welt)

Ist ein Brathähnchen für ein paar Euro oder sind Eier für ein paar Cent wirklich so wichtig, dass man Tierquälerei, ökologische Desaster und massenhaftes „Keulen“ (sprich: qualvolles Vergasen) akzeptiert? Diese Frage müsste zunächst von der Politik beantwortet werden. Ob das in Brandenburg mit einer Massentierhalterin als Umweltministerin möglich ist – das wäre abzuwarten.

Nachdenkseiten: „Jedes Jahr Vogelgrippe wird auf lange Sicht teurer als eine gezielte Förderung kleinbäuerlicher Strukturen mit überschaubaren Beständen, die ein Leben in Würde leben dürfen, und Bemühungen in Richtung einer allgemeinen Lebensstiländerung, die Flora und Fauna schont. Es geht nicht darum, den Menschen vorzuschreiben, was sie zu essen haben, sondern sie in die Lage zu versetzen, sich bewusster und gesünder zu ernähren. Dazu kann ein maßvoller Konsum von qualitativ besserem Fleisch gehören. Mit nur ein paar Milliarden Euro, die man nicht in Panzer und Drohnen steckt, wäre in der Hinsicht schon vieles zu bewegen.“

Bündnis Sahra
Wagenknecht
Kreisverband Uckermark

BSW-Fraktion im Landtag Brandenburg: Recht auf Widerspruch – Mustertext gegen Datenweitergabe

Kürzlich hat die Bundesregierung eine neue „Wehrpflicht“ beschlossen, die die Mehrheit der jungen Generation ablehnt. Die BSW-Fraktion ist ebenfalls dagegen und wird die Meinung der jungen Leute in den Brandenburger Landtag tragen. Wir kämpfen gegen die neue „Wehrpflicht“!

Was viele nicht wissen: Die Bundeswehr erhält auch von den Meldeämtern aus Brandenburg automatisch die Daten von Jugendlichen, die demnächst volljährig werden. Damit wird der Bundeswehr ermöglicht, schon unter Minderjährigen zu werben. Die BSW-Fraktion bereitet hierzu eine Anfrage an die Landesregierung vor. Das Bundesmeldegesetz erlaubt Jugendlichen einen Widerspruch gegen diese Datenweitergabe.

Unsere Fraktion hat einen Mustertext für diesen Widerspruch vorbereitet, den sie herunterladen können. Siehe unten!

Wenn junge Menschen sich dazu entschließen, der Weitergabe ihrer Daten an die Bundeswehr zu widersprechen, ist dabei folgendes wichtig: Im Widerspruch müssen Vor- und Nachname, Anschrift und Geburtsdatum des betreffenden Jugendlichen enthalten sein. Und der Jugendliche muss eigenhändig unterschreiben. Das ausgefüllte Schreiben muss anschließend an die zuständige Behörde gesendet werden, bei der man gemeldet ist.

Die BSW-Fraktion arbeitet daran, dass die Bundeswehr in Brandenburg nur noch dann Schulen besuchen darf, wenn dies außerhalb des Unterrichtes stattfindet und auch Vertreter der Zivilgesellschaft (etwa Friedensorganisationen) eingeladen werden. Schülerinnen und Schüler müssen unterschiedliche Positionen hören und über die Gefahren von Kriegstüchtigkeit und Aufrüstung aufgeklärt werden. Nur dann können sie sich selbst eine Meinung bilden.

Hier geht es zum Mustertext:

www.bsw-fraktion-brandenburg.de/aktuelles/alle/recht-auf-widerspruch-mustertext-gegen-datenweitergabe

Übrigens: Wer nicht eingezogen werden möchte, sollte rechtzeitig einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen.

Ist die AfD eine Friedenspartei?

Unsere Parteilordinende Amira Mohamed Ali nennt drei Gründe warum die AfD keine Friedenspartei ist:

1. Sie unterstützt wie die etablierten Parteien die Forderung nach einer massiven Aufrüstung. Jeden zweiten Euro im Haushalt oder sogar mehr möchten Alice Weidel & Co. Dafür ausgeben.
2. Im Gaza-Krieg steht die AfD stramm an der Seite Israels,
3. und nun fordert diese auch noch die Einführung der Wehrpflicht. Steht die AfD glaubhaft für Frieden oder nicht?

Nein zur Wehrpflicht!

Amira Mohamed Ali: „1000 Tote am Tag – das nennen sie ‚Verteidigungsfähigkeit‘. Ich nenne es Wahnsinn. Und es werden nicht die Kinder der Politiker sein, die an der Front sterben.“

Der Präsident des Reservistenverbandes, Patrick Sensburg, spricht offen von bis zu 1000 Toten oder Verwundeten pro Tag im Kriegsfall – und fordert die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Das ist der blanke Irrsinn. Statt über Diplomatie zu sprechen, wird über Ersatzquoten für Gefallene diskutiert. Statt jungen Menschen Perspektiven zu geben, will man sie wieder in Uniform stecken. Wer so denkt, bereitet keinen Frieden vor, sondern neue Gräber. Und wie immer sind es nicht die Kinder der Politiker oder Generäle, die in diesen Kriegen sterben sollen – sondern die derer, die dieses Land mit ihrer Arbeit am Laufen halten.

Fragen und Antworten

Mitmachen beim BSW in der Uckermark

Wie werde ich Mitglied beim BSW?

Wenn Sie sich mit unseren Zielen identifizieren und aktiv etwas verändern wollen, können Sie ganz einfach Mitglied werden. Den Mitgliedsantrag finden Sie online unter: www.bsw-vg.de/mitgliedsantrag. Alternativ helfen wir Ihnen auch gerne persönlich weiter. Sprechen Sie uns an!

Ich möchte (erstmal) nur unterstützen. Geht das auch?

Absolut! Als Unterstützer können Sie unverbindlich teilnehmen, mitdiskutieren und uns bei Aktionen helfen, ganz ohne Mitgliedschaft. Wir freuen uns über jeden, der sich einbringen möchte, ob mit Zeit, Ideen oder einfach mit Interesse.

Kann ich euch vor Ort kennenlernen?

Ja! Wir treffen uns einmal im Monat zu offenen BSW-Treffen in der Uckermark. Unterstützer sind herzlich willkommen. Die genauen Termine und Orte geben wir per Mail bekannt oder auf Anfrage. Schreiben Sie uns einfach!

Kontakt & Newsletter:

E-Mail: bsw.uckermark@outlook.de

Melden Sie sich gern für unseren regionalen Newsletter an, so bleiben Sie über alle Treffen, Aktionen und Infos aus der Uckermark auf dem Laufenden!



Erklärung zu den Parteiaustritten von vier Abgeordneten

„Der BSW-Fraktionsvorstand und die Landespartei haben die Koalition mit der SPD von Anfang an konstruktiv gestaltet um gute und vernünftige Lösungen für Brandenburg zu finden, die mit der Programmatik des BSW vereinbar sind. Dafür wurden wir gewählt. Und wir haben diese Verantwortung angenommen.

Das BSW ist eine selbstbewusste Partei. Das muss sie auch in der Regierung sein. Wir lehnen die Medienstaatsverträge ab, weil das Eintreten für Meinungsvielfalt und gegen regierungskonforme Meinungsmache schon im Gründungsmanifest eine von vier zentralen Positionen des BSW ist. Die Medienstaatsverträge gehen in die falsche Richtung (mehr Möglichkeiten für Zensur durch den 6. Medienänderungsstaatsvertrag). Und sind absolut unzureichend, um die großen Probleme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch nur ansatzweise zu lösen (7. Medienänderungsstaatsvertrag). Deshalb hat sich der Parteivorstand einstimmig und auch die Brandenburger Fraktion mit nur einer Gegenstimme dafür ausgesprochen diese Staatsverträge abzulehnen. Bei geschlossenem Abstimmungsverhalten der BSW-Fraktion hätten die Medienstaatsverträge über Brandenburg gestoppt und eine echte Reform ermöglicht werden können.

Ein Ende der Koalition stand nie zur Debatte, denn es gab im Koalitionsvertrag keine Festlegungen zu diesem Thema.

Wir werden mit allen Beteiligten das Gespräch suchen, weil wir verhindern wollen, dass ein Weg der Abspaltung das BSW schwächt und die Arbeit der vielen Unterstützer und Mitglieder beschädigt.

Das BSW hat ein Versprechen abgegeben: Mit uns endet das „Weiter-so“! Kein „Weiter-so“ verlangt aber, dass man sich couragiert für BSW-Positionen einsetzt. Auch wenn dies nicht immer der einfachere Weg ist. Erst recht nicht in einer Zeit, in der die Aufrüstungs- und Kriegspropaganda im Land immer lauter wird. Wir waren und sind es unseren **Mitgliedern** und Wählern schuldig, dass wir politisch konsequent sind. Unsere Partei und unsere Wähler erwarten zurecht, dass wir – in Regierung und Opposition – nicht einknicken. Wir etablieren uns durch Glaubwürdigkeit, nicht durch Anpassung.“

11. November 2025 Friederike Benda

Impressum/ V.i.S.d.P. und Kontakt:
Manuel Lipke, geschäftl. Postheim 25a, 17268 Templin
E-Mail: bsw.uckermark@outlook.de
Telefon: 0176/ 560 317 84
Instagram/ Facebook: BSW Uckermark

Redaktionelle Inhalte: Ernst Wagner-Rott, Metzeltin

Was wir als BSW bereits bewegen Erfolge vor Ort und im Land

Das BSW ist noch eine junge politische Kraft, doch schon jetzt zeigt sich, dass wir in der Uckermark wie auch im Land Brandenburg konkret etwas bewegen. Unsere Arbeit wirkt dort, wo sie wirken soll: direkt bei den Menschen.

In Templin unterstützen wir den Antrag der Stadtverordnetenversammlung, den Marktplatz dauerhaft mit der Friedensfahne zu beflaggen. Damit setzen wir gemeinsam ein sichtbares Zeichen für Dialog, Zusammenhalt und kommunalen Friedenswillen im Herzen der Stadt. In Schwedt konnten wir dazu beitragen, dass der Wassersportverein über 7.000 Euro an Lottomitteln erhält. Diese Unterstützung stärkt insbesondere die Kinder- und Jugendarbeit und hilft dem Verein, seine wichtige Arbeit fortzusetzen.

Auch in Prenzlau waren wir aktiv: Das Wahlkreisbüro des BSW-Abgeordneten in der Uckermark half erfolgreich bei der Beantragung von Landesmitteln für die KidzGarage, ein Projekt, das Kinder und Jugendliche praktisch fördert und wichtige Bildungsarbeit leistet. Auch auf Landesebene setzt die BSW-Fraktion deutliche Akzente. Beim Thema Waldumbau treten wir für zukunftsfähige und gesunde Wälder in Brandenburg ein. Wir machen uns für mehr Baumartenvielfalt, moderne Schutzmaßnahmen und die konsequente Nutzung des vorhandenen Fachwissens, etwa aus Eberswalde, stark. Gleichzeitig fordern wir, dass Mittel aus dem Aktionsprogramm „Natürlicher Klimaschutz“ unbürokratisch in sinnvolle Waldprojekte fließen, um unsere märkischen Wälder widerstandsfähig zu machen.

Ein weiterer Erfolg ist die Verlängerung und Ausweitung der **Mietpreisbremse** und Kappungsgrenze, die wir aktiv unterstützen. Dadurch bleiben Wohnungen in 36 Gemeinden besser bezahlbar. Dieser Schritt stärkt die soziale Sicherheit und schützt Normalverdiener vor stark steigenden Mieten. Für uns ist klar: Wohnen muss für alle Menschen in Brandenburg bezahlbar sein. Darüber hinaus setzen wir uns entschieden gegen die geplante anlasslose **Chatkontrolle** ein. Wir verteidigen das Recht auf vertrauliche Kommunikation und warnen vor übermäßiger Überwachung privater Nachrichten. Statt Massenüberwachung fordern wir echte Maßnahmen zum Schutz von Kindern – etwa eine starke Justiz, bessere Prävention, mehr Bildung und soziale Sicherheit für Familien. Freiheit und Grundrechte dürfen nicht zugunsten wirkungsloser Kontrollinstrumente eingeschränkt werden.

Diese Beispiele zeigen: Wir sind präsent, wir hören zu und wir setzen um. Ob in Templin, Schwedt, Prenzlau oder im Landtag – das BSW steht für eine Politik, die pragmatisch, bürgernah und wirksam ist. Gemeinsam gestalten wir eine Uckermark und ein Brandenburg, in denen gute Ideen nicht an Bürokratie scheitern, sondern umgesetzt werden.